

KV-Nr.: 2485

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 10 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Reo.

DR. JUR. ELMAR GREWEL
RECHTSANWALT

1

RA Dr. Elmar Grewel · Bunzlauer Straße 67 · 50858 Köln

D – 50858 KÖLN

BUNZLAUER STRASSE 67

TELEFON: (022 34) 87 12 45/5
TELEFAX: (022 34) 87 11 78

POSTBANK KÖLN 14480-433
(BLZ 370 100 50)

DEUTSCHE BANK KÖLN 4777612
(BLZ 370 700 01)

Köln, den 30.01.2001

1. Vermerk:

In der Strafsache gegen den Simon Kropp - 4 Ls 32 Js 747/00 (98/00) - habe ich heute den Hauptverhandlungstermin beim AG Köln wahrgenommen. Der Mandant wurde wegen schwerer Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren ohne Bewährung verurteilt.

Nach Rücksprache mit dem Mandanten soll gegen das Urteil zunächst Rechtsmittel eingelegt werden. Im Anschluss daran sollen die Erfolgsaussichten der in Betracht kommenden Rechtsmittel geprüft werden.

2. Schreiben an das AG Köln:

In pp. wird gegen das am 30.01.2001 verkündete Urteil des AG Köln Rechtsmittel eingelegt.

Ich bitte darum, mir das Protokoll der Hauptverhandlung vom 30.01.2001 zur Einsichtnahme zuzuleiten.

3. Durchschrift von 2. z. d. A.

4. Wv. 2 Wochen (Eingang Protokoll? Urteil?)


Rechtsanwalt

DR. JUR. ELMAR GREWEL

RECHTSANWALT

Abschrift

RA Dr. Elmar Grewel · Bunzlauer Straße 67 · 50858 Köln

Amtsgericht Köln
Luxemburger Straße 101

50939 Köln

D – 50858 KÖLN

BUNZLAUER STRASSE 67

TELEFON: (022 34) 87 12 45/5
TELEFAX: (022 34) 87 11 78

POSTBANK KÖLN 14480-433
(BLZ 370 100 50)

DEUTSCHE BANK KÖLN 4777612
(BLZ 370 700 01)

Köln, den 30.01.2001

**In der Strafsache
gegen Simon Kropp
- 4 Ls 32 Js 747/00 (98/00) -**

wird gegen das am 30.01.2001 verkündete Urteil des AG Köln

Rechtsmittel

eingelegt.

Ich bitte darum, mir das Protokoll der Hauptverhandlung vom 30.01.2001 zur Einsichtnahme zuzuleiten.

Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung des Schöffengerichts

Rechtsanwalt
Dr. Grewel

Eingang: 02 MRZ. 2001

Geschäfts-Nr.

4 Ls 32 Js 747/00 (98/00)

Ort und Tag

Köln, den 30.01.2001

Gegenwärtig:

Richter am Amtsgericht Weitner
als Vorsitzender,

Klaus Pelzner, Lehrer

Sandra Nickel, Hausfrau
als SchöffenStaatsanwältin Rempe
als Beamter der Staatsanwaltschaft,JAng. Ludwig
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Strafsache

gegen

Simon Kropp, geb. am 26.07.1964 in
Hürth,
wohnhaft Kuniberts Kloster 12,
50668 Köln, verheiratet,
deutscher Staatsangehöriger

wegen gefährlicher Körperverletzung

Die Hauptverhandlung begann mit dem Aufruf der Sache.
Der Richter stellte fest, dass erschienen war :
~~vorgeführt~~ der/die Angeklagte ,

als Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Grewel

folgende Zeuge und Sachverständige :

Dauer der Hauptverhandlung
von 9.30 bis 10.25
(Uhrzeit) (Uhrzeit)~~Die Führungsaufsichtsstelle/ Der Bewährungshelfer wurde von dem Inhalt der gerichtlichen Entscheidung fernmündlich unterrichtet am . Es wurde darauf hingewiesen, dass die Entscheidung noch nicht rechtskräftig ist.~~Ludwig, JAng.
(Name, Amtsbezeichnung)~~Die fernmündliche Mitteilung wurde unter Verwendung des Vordrucks BwH/FA 11 schriftlich bestätigt.~~

(Datum, Name, Amtsbezeichnung)

Der/Die Angeklagte , über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an:

Simon Kropp, geboren am 26.07.1964 in Hürth, wohnhaft Kuniberts-kloster 12, 50668 Köln, verheiratet, deutscher Staatsangehöriger.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft verlas den Anklagesatz aus der Anklageschrift vom 17.10.2000.

Es wurde festgestellt, dass die Anklage durch Beschluss vom 04.12.2000 zugelassen und das Hauptverfahren vor dem Amtsgericht Köln - Schöffengericht - eröffnet worden ist.

Der/Die Angeklagte wurde darauf hingewiesen, dass es ihm/ihr/ihnen freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen.

Er/Sie erklärte :Ich bin/~~Wir sind~~ zur Äußerung ~~nicht~~ bereit.

Vorsitz § 274
Der Vorwurf in der Anklageschrift ist zutreffend. Ich habe das alles ja schon bei der Polizei erzählt. Meine Frau und ich haben eine schwierige Zeit durchgemacht, in der wir immer wieder Streit bekamen. Bei einer unserer tätlichen Auseinandersetzungen, es war wohl am 23.09.2000, bin ich dann wirklich wütend geworden. Ich wollte ihr zeigen, dass sie mit mir nicht so wie bisher umspringen könne und wollte sie verletzen. Also habe ich mein Jagdmesser genommen und nach ihr gestochen. Wohl um sich zu schützen, hat meine Frau die Hände hochgerissen, sodass ich - heute sage ich mir: glücklicherweise - nur die Hand getroffen habe. Ich habe mehrmals zugestochen.

§ 226 Nr.
Zurückgeblieben sind auf der rechten Hand noch sieben Narben, meiner Erinnerung nach ca. 3 cm lang; die Haut ist dort stark rot-blau gefärbt. Ganz zur Faust schließen kann meine Frau die Hand nicht, sie ist jedoch in der Lage, ungehindert die Hausarbeit zu verrichten und unsere kleine Tochter zu pflegen.

Der Angeklagte wurde nunmehr darauf hingewiesen, dass neben der angeklagten gefährlichen Körperverletzung auch eine Verurteilung wegen eines Verbrechens der schweren Körperverletzung in Betracht komme. Die Vorschrift des § 226 StGB wurde verlesen und mit dem Angeklagten und dem Verteidiger erörtert. § 265

Das Attest des Arztes Dr. Sturm vom 10.10.2000 wurde verlesen. § 236

Der Bundeszentralregisterauszug des Angeklagten wurde verlesen. Es wurde festgestellt, dass der Angeklagte bisher zwei Mal einschlägig vorbestraft und jeweils zu Bewährungsstrafen verurteilt worden ist; die angeklagte Tat fällt nicht mehr in die Bewährungszeit.

Nach der Vernehmung eines jeden ~~Zeugen~~ ~~Sachverständigen~~ und der Mitangeklagten sowie nach der Verlesung eines jeden Schriftstücks - wurde der/die Angeklagte befragt, ob er/sie etwas zu erklären habe/hätten.

Es wurden keine Erklärungen abgegeben.

Nachdem weitere Anträge zur Beweisaufnahme nicht mehr gestellt worden sind, wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Staatsanwaltschaft und sodann der/die Angeklagte - und der/die Verteidiger - erhielten zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

Die Staatsanwaltschaft beantragte:

den Angeklagten wegen schwerer Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten zu verurteilen.

Der/Die Angeklagte - Der/Die Verteidiger -
beantragte :

den Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr auf Bewährung zu verurteilen.

Für den Fall, dass der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt werde, beantragte der Verteidiger, ein Sachverständigengutachten zum Beweis der Tatsache einzuholen, dass die derzeitige Steifheit der Hand nicht durch die Stiche, sondern durch eine bereits bestehende Arthrose und Arthritis verursacht wurde.

Der Verteidiger und der Angeklagte wurden darauf hingewiesen, dass insoweit, als der Beweisantrag nur für den Fall der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung gestellt wurde, Bedenken gegen seine Zulässigkeit bestünden.

Der Verteidiger erklärte: Er halte den Beweisantrag für zulässig. Eine Abänderung komme daher nicht in Betracht.

Der/Die Angeklagte - Der/Die Verteidiger - hatte das letzte Wort.

Der/Die Angeklagte - wurde befragt, ob er/sie selbst noch etwas zu seiner/ihrer Verteidigung anzuführen habe/hätten -. Er/Sie erklärte :

Es ist alles gesagt.

Proz
wird
bedin
fäng
fand

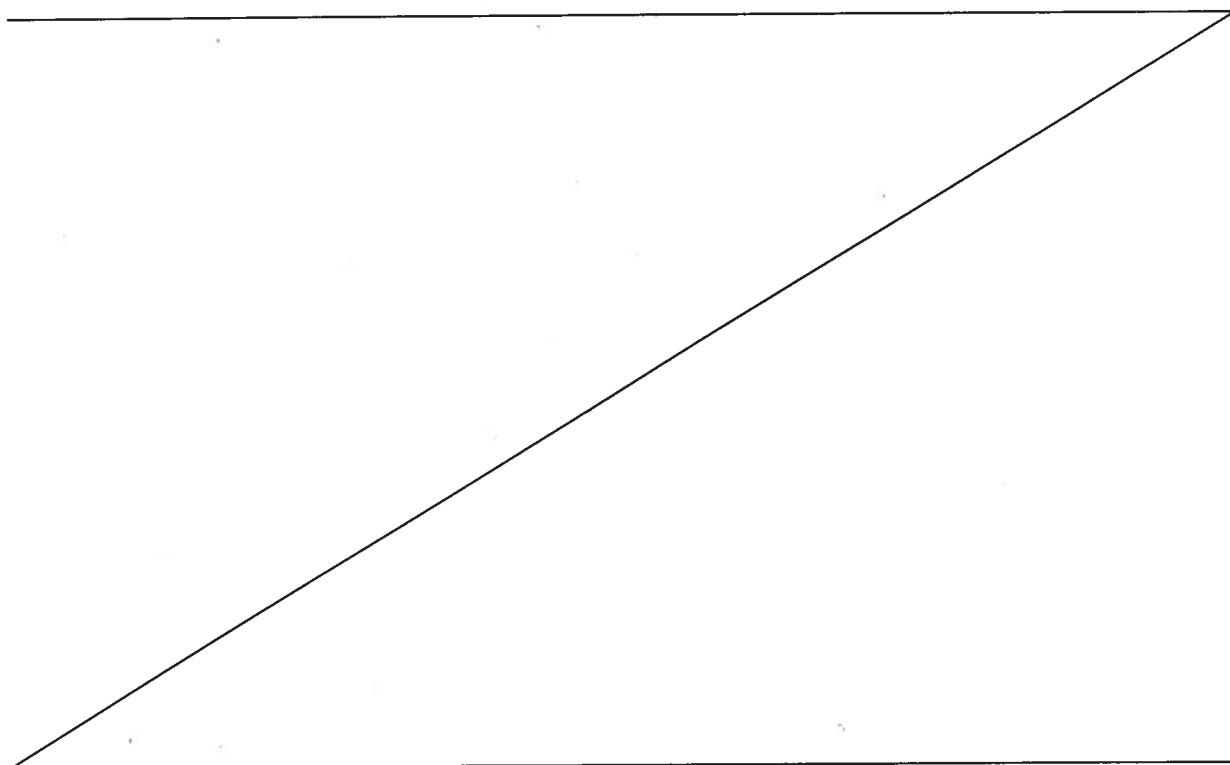
Das Urteil wurde durch Verlesung der Urteilsformel und durch die mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe dahin verkündet:*)

Im Namen des Volkes

Der Angeklagte wird wegen schwerer Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren verurteilt.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens und seine notwendigen Auslagen.

Angewandte Vorschriften: § 226 StGB.



Das Protokoll wurde fertiggestellt am 31.01.2001

.....
Weitner

.....
Ludwig

*) Hierzu schreibt § 268 Abs. 4 StPO, § 71 OWiG vor: Ist der Betroffene bei der Verkündung anwesend und ist gegen das Urteil ein Rechtsmittel zulässig, so soll der über die Einlegung des Rechtsmittels belehrt werden.



**Amtsgericht Köln
Im Namen des Volkes
Urteil**

In der Strafsache

g e g e n Simon Kropp,
 geboren am 26.07.1964 in Hürth,
 wohnhaft Kuniberts kloster 12, 50668 Köln
 Deutscher, verheiratet

w e g e n schwerer Körperverletzung

hat das Amtsgericht Köln in der Hauptverhandlung vom 30.01.2001, an
der teilgenommen haben:

Richter am Amtsgericht Weitner
als Vorsitzender,

der Lehrer Klaus Pelzner und
die Hausfrau Sandra Nickel
als Schöffen,

Staatsanwältin Rempe
als Beamtin der Staatsanwaltschaft,

Rechtsanwalt Dr. Grewel
als Verteidiger,

Justizangestellter Ludwig
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt:

Der Angeklagte wird wegen schwerer Körperverletzung zu einer
Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens und seine
notwendigen Auslagen.

Angewandte Vorschriften: § 226 StGB.

G r ü n d e :

I.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der Ausführungen zu den persönlichen Verhältnissen wurde abgesehen.

II.

Strafrechtlich ist der Angeklagte bisher wie folgt in Erscheinung getreten:

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der in der mündlichen Verhandlung festgestellten Vorstrafen wurde abgesehen.

III.

Am Samstag, dem 23.09.2000, kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten und seiner Ehefrau. In deren Verlauf beschloss der Angeklagte, seiner Frau nunmehr „einen Denkmäler zu verpassen“ und sie mit einem Messerstich zu verletzen. Da das Opfer abwehrend die Hände erhoben hatte, stach der Angeklagte mehrfach in dessen rechte Hand.

Bei dem Opfer blieben sieben ca. 3 cm lange Narben auf der rechten Hand zurück; die Haut ist stark rot-blau gefärbt. Die Ehefrau des Angeklagten kann die rechte Hand nicht gänzlich zur Faust schließen, ist jedoch in der Lage, ungehindert die Hausarbeit zu verrichten und die gemeinsame kleine Tochter zu pflegen.

IV.

Die getroffenen Feststellungen beruhen auf dem Geständnis des Angeklagten, dem verlesenen Attest des Arztes Dr. Sturm sowie dem ebenfalls verlesenen Bundeszentralregisterauszug. Das Gericht hat keinen Anlass, an den Ausführungen des Angeklagten zu zweifeln. Er hatte die Tat bereits übereinstimmend bei der Polizei gestanden.

Weitere Beweiserhebungen waren nicht erforderlich. Insbesondere brauchte die von dem Verteidiger beantragte Einholung eines Sachverständigengutachtens nicht zu erfolgen. Der Antrag des Angeklagten erweist sich nämlich als unzulässig, da die Einholung des Gutachtens von einer bestimmten Rechtsfolge abhängen soll.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der weiteren Ausführungen zur Unzulässigkeit des Beweisantrages wurde abgesehen.

V.

Der Angeklagte hat sich somit einer schweren Körperverletzung schuldig gemacht. Mit den Messerstichen hat er seine Ehefrau körperlich misshandelt und ihre Gesundheit beschädigt. Da das Opfer infolge der

Stiche seine rechte Hand nicht mehr vollständig zur Faust schließen kann und auf Dauer ca. 3 cm lange Narben mit rot-blauer Verfärbung der Haut auf der rechten Hand verblieben sind, ist der Tatbestand der schweren Körperverletzung erfüllt. Der Angeklagte hat wissentlich und wollentlich gehandelt und die schweren Folgen zumindest fahrlässig herbeigeführt. (-)

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der weiteren Ausführungen zum Vorsatz wurde abgesehen.

VI.

Im Hinblick auf die Art der verbleibenden Dauerschäden sowie die einschlägigen Vorstrafen, die ihn von Gewaltanwendung nicht abgehalten haben, war die Verhängung einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren ohne Bewährung erforderlich.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der weiteren Ausführungen zur Strafzumessung wurde abgesehen.

VII.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

Weitner
Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt
Grabke *Grabke*
Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Vermerk für die Bearbeitung

Die Angelegenheit ist aus anwaltlicher Sicht zu bearbeiten.

Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden.

Werden Anträge an ein Gericht oder eine Behörde empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Zustellungen, Ladungen, Vollmachten und Unterschriften) sind in Ordnung.

Beurteilungszeitpunkt ist der 05.03.2001.

Der Schriftsatz vom 30.01.2001 ist bei dem Amtsgericht Köln am 02.02.2001 eingegangen.

Es ist davon auszugehen, dass das in der Hauptverhandlung verlesene Attest des Arztes Dr. Sturm die dem Opfer verbliebenen Verletzungsfolgen wie von dem Angeklagten geschildert darlegt.

Prüfervermerk zur Vortragsakte (KV Nr. 2485)

Dem Vortrag liegt der Austauschvortrag 16/96 (AV V/77) des Landesprüfungsamtes für Juristen Rheinland-Pfalz zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist **keine Musterlösung**. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Zulässigkeit des Rechtsmittels

Statthaft gegen das erstinstanzliche Urteil des Schöffengerichts sind die Berufung, § 312 StPO, und die sog. Sprungrevision, § 335 StPO. Das Rechtsmittel ist form- und fristgerecht eingelegt worden. Sowohl die Berufung als auch die Revision sind bei dem Gericht, dessen Urteil angefochten wird, schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzu legen, §§ 314, 341 StPO. Die Frist beträgt für beide Rechtsmittel eine Woche nach Verkündung, die am 30.01.2001 in Anwesenheit des Angeklagten Kropp (K) stattfand, und wurde mit dem Schriftsatz vom 30.01.2001 - bei Gericht eingegangen am 02.02.2001 - eingehalten.

Dass das Rechtsmittel zunächst nicht bestimmt bezeichnet ist, ändert an der Einhaltung der Rechtsmittelfrist nichts. Die endgültige Wahl kann bis zum Ablauf der Revisionsbegründungsfrist, § 345 I StPO, getroffen werden (Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 335 Rn. 2 f.).

B. Erfolgsaussichten des Rechtsmittels

I. Es dürfte keinen Revisionsgrund gemäß §§ 244 III, VI, 337 StPO darstellen, dass das Gericht dem Beweisantrag des Verteidigers nicht nachgekommen ist. Bei dem Antrag dürfte es sich um einen sogenannten Hilfsbeweisantrag handeln, einem Beweisantrag, der von der Entscheidung des Gerichts über einen unbedingt gestellten verfahrensabschließenden Hauptantrag - hier: Aussetzung der Strafvollstreckung zur Bewährung - abhängig gemacht wird (Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 244 Rn. 22a).

Es ist grundsätzlich zulässig, einen Hilfsbeweisanträge von der Verurteilung des Angeklagten zu einer bestimmten Rechtsfolge abhängig zu machen. Unzulässig ist jedoch ein Hilfsbeweisantrag, der sich nach der zu beweisenden Behauptung gegen den Schuldspruch richtet, aber nur für den Fall einer bestimmten Rechtsfolge als gestellt gelten soll (Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 244 Rn. 22a). Denn in diesem ist das Beweisbegehren in sich widersprüchlich, da der Angeklagte Ziele verfolgt, die sich ausschließen. Er erklärt einerseits, dass er sich gegen einen möglichen Schuldspruch nicht zur Wehr setzen will; andererseits verlangt er mit seinem Antrag eine Beweisaufnahme über Behauptungen, die der Abwehr des Schuldspruches dienen. Für die Zulassung derartiger Bedingungen besteht kein Bedürfnis (BGH NStZ 1995, S. 144 ff.).

So dürfte der Fall hier liegen. K bzw. dessen Verteidiger hat den Beweisantrag von einer Verurteilung zu einer bestimmten Rechtsfolge, nämlich der Ablehnung einer Strafaussetzung zur Bewährung abhängig gemacht, und die zu beweisende Behauptung betrifft die Kausalität von Verletzungshandlung und Verletzungserfolg in Bezug auf den Qualifikationstatbestand des § 226 StGB (schwere Folge der Tat). Es dürfte auch nicht zu beanstanden sein, dass das Gericht den Hilfsbeweisantrag erst in den Urteilsgründen beschieden hat.

Zwar bedarf die Ablehnung eines Beweisantrages gemäß § 244 VI StPO grundsätzlich eines Beweisbeschlusses. Über einen Hilfsbeweisantrag wird aber erst im Urteil entschieden. Dies folgt aus der Abhängigkeit des Antrags vom Hauptantrag. Ob die Bedingung eintritt, entscheidet sich erst mit der Urteilsberatung. Dem gemäß entsteht die Verpflichtung zur Entscheidung erst durch deren Bekanntgabe. Nur wenn ein Hilfsbeweisantrag wegen Verschleppungsabsicht abgelehnt wird, muss die Ablehnungsbegründung bereits in der Hauptverhandlung mitgeteilt werden (BGH NStZ 1995, S. 144 ff.; Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 244 Rn. 44a).

II. Das Gericht dürfte jedoch mit der Verlesung des ärztlichen Attests gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme gemäß § 250 StPO verstoßen haben. Gemäß § 250 S. 2 StPO dürfte die mögliche Vernehmung des Arztes Dr. Sturm über das Vorliegen bleibender Schäden beim Opfer wohl nicht durch die Verlesung des Attestes ersetzt werden. Denn die Voraussetzungen des § 256 StPO dürften nicht vorgelegen haben. Zwar dürfen nach § 256 I 1 StPO ärztliche Atteste über Körperverletzungen, die nicht zu den schweren gehören, verlesen werden. Vorliegend dürfte aber - nach dem Hinweis des Gerichts - gerade eine schwere Körperverletzung Gegenstand der Anklage und mithin maßgeblich gewesen sein (Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 256 Rn. 15). Dieser Verstoß gegen § 250 StPO dürfte zur Aufhebung des Urteils führen, da ein Beruhen der Entscheidung auf ihm wohl nicht ausgeschlossen werden kann, § 337 StPO. Es dürfte möglich sein, dass bei einer Vernehmung des Arztes mit eingehender Erörterung der Verletzungen das Gericht zu einer anderen Beurteilung des Schweregrades gekommen wäre.

III. Zudem dürfte die Sachrüge erfolgreich erhoben werden können. Die sich aus dem Attest und der Einlassung des Angeklagten ergebende Einschränkung der Hand sowie die verbliebenden Narben dürften den Tatbestand der schweren Körperverletzung nicht erfüllen. Eine Lähmung oder Behinderung gemäß § 226 I Nr. 3 StGB dürfte nicht vorliegen.

Eine Lähmung setzt eine erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit eines Körperteils voraus, die den ganzen Körper in Mitleiden schaft zieht; unter Behinderung ist aufgrund des Sach- und Sprachzusammenhangs nur eine geistige Behinderung zu verstehen (Tröndle/Fischer, StGB⁴⁴, § 226 Rn. 12 f.).

Nach den Urteilsfeststellungen dürfte das Opfer auch nicht in erheblicher Weise entstellt sein, § 226 I Nr. 2 StGB. Durch die dargelegten äußerlich sichtbaren Tatfolgen dürfte die äußere Gesamterscheinung des Opfers noch nicht in einem Maße verunstalten, wie dies § 226 I Nr. 2 StGB voraussetzt. Dabei dürfte zu berücksichtigen sein, dass die beeinträchtigende Wirkung in Relation zu den übrigen in § 226 I StGB genannten Folgen stehen muss.

C. Zweckmäßigkeitserwägungen: Da K die Tat gestanden hat, dürfte es zweckmäßig sein, das Rechtsmittel als (Sprung-)Revision zu bezeichnen.

Textkontrolle: StGB; StPO